

AUS HANDEL UND WIRTSCHAFT

„Politik soll sich heraushalten“

Bilanz-Pressekonferenz: CDU Mittelständler sprechen sich eindeutig gegen Mindestlohn aus

Von Birte Probst

Braunschweig. Mehr Betriebskindergärten, mehr Personal in den Wirtschafts-Strafkammern – die CDU-Mittelständler in Braunschweig ziehen Bilanz des Jahres 2007.

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU in Braunschweig war es ein gutes Jahr. „Wir hatten die Chance, das Regierungsprogramm des Landes mitzugestalten – dort gibt es erstmals ein eigenes Kapitel für den Mittelstand“, sagte die Vorsitzende Sabine Kleinke bei der Bilanz-Pressekonferenz.

Aufgabe der MIT sei es, sich auf politischer Ebene für den Mittelstand einzusetzen. So konnten 2007 drei Anträge durchgesetzt werden, die nun den Weg nach Berlin nehmen.

Besonders habe sich die MIT für die Förderung von Betriebskindergärten durch eine Einigung mit den umliegenden Kom-



Die CDU-Mittelständler (obere Reihe, v.l.): Harald Kuck, Hans-G. Grobelny, Uwe Zimmer, Renate Hübner, (untere Reihe, v.l.) Sabine Kleinke und Christel Böwer.

Foto: T.A.

munen eingesetzt. „Wir wollen einfach Flexibilität“, sagte Renate Hübner, stellvertretende Vorsitzende. Es könne nicht sein, dass Hoheitsgrenzen der Städte verhinderten, dass eine Mutter frei wählen könne, in welcher Stadt sie ihr Kind unterbringe.

Ein anderes Ziel war die Verstärkung der Wirtschafts-Strafkammern: Dort fehle es an Personal, viele Verfahren seien zu langwierig, sagte Sabine Kleinke, selbst Rechtsanwältin. Sichtbar auch in der VW-Affäre: „Hätte es zwischen Peter Hartz und

dem Gericht keine Absprache gegeben, hätte sich das Verfahren über Jahre hingezogen.“

So fordert die MIT auch, dass Verfahren schneller eingeleitet werden. Durch lange Wartezeiten auf gerichtliche Verfahren hängten kleine und mittelständische Unternehmen lange in der Schwebe, sagte Renate Hübner. „Verfahren schleppen sich bis zu fünf Jahren hin.“

Für 2008 hat sich die MIT die Senkung der Erbschaftsteuer, die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags und die Wiederaufnahme der Pendlerpauschale vorgenommen.

Gegen den derzeit viel diskutierten „gesetzlichen Mindestlohn“ spricht sich der Vorstand deutlich aus. „Es gibt Themen, aus denen sich die Politik heraushalten soll“, so Renate Hübner.

Für 2008 sieht das MIT-Programm so aus: Es sieht Vorträge und Betriebsbesichtigungen vor. Im Herbst findet ein Treffen mit dem Arbeitgeberverband statt, um die Zahl der Ausbildungen in kleinen und mittelständischen Unternehmen zu erhöhen.